

denn auch, daß es den Kirchen wohl gelinge, gute Dokumente zu verfassen, daß sie aber eine politische Aktion nicht zustande bringen. Die Kirchenleitungen ihrerseits sind der Auffassung, daß sie innerhalb der heutigen Problematik den größten Beitrag leisten, wenn es ihnen gelingt, auf allen Ebenen der kirchlichen Arbeit einen Umdenkprozeß einzuleiten.

So erklären sie in ihren 7 Thesen zur Ausländerpolitik, die sie in ihrer Stellungnahme zur Volksabstimmung vom 13. März 1977 wieder in Erinnerung gerufen haben, das Hauptziel der Ausländerpolitik „müssen wir unter den heutigen Umständen vor allem in der gemeinsamen Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft von Einheimischen und Zugewanderten suchen... Die vielfältigen Probleme, die sich Schweizern und Ausländern stellen, können wir nur unter gemeinsamer Anstrengung und Verantwortung lösen. Deshalb wollen wir alle Möglichkeiten des Zusammengehens und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit

zwischen Schweizern und Ausländern wahrnehmen und weiterentwickeln.“

Eine derart solidarische Ausländerpolitik eines einzelnen Staates ist aber nur zu erreichen, wenn es auch zu einer zwischenstaatlichen Solidarität kommt. Denn massive Wanderungen von den weniger entwickelten Gebieten in hochindustrialisierte Zentren, sagt die 7. These, „sind stets für beide Teile nachteilig. Deshalb kommt das Problem der Wanderung erst dann einer Lösung näher, wenn es uns gelingt, durch eine umfassende internationale Entwicklungszusammenarbeit eine bessere Verteilung der Arbeitsplätze zu erreichen.“ Der schweizerische Weg dahin wird vermutlich von fremdenfeindlichen außenpolitischen Initiativen markiert sein, weil die Überfremdungsparteien nach ihren Abstimmungsniederlagen sich zweifelsohne vermehrt außenpolitischen Fragen zuwenden und dabei ihre isolationalistische Einstellung zur Geltung bringen werden. R. W.-Sp.

Kirche in Polen gehören. Eine Beschränkung ihrer Tätigkeit ist die Einschränkung der Rechte zur freien Tätigkeit der Kirche. Der Haupttrat hat den Sekretär des Episkopats ermächtigt, gegenüber den staatlichen Behörden geeignete Schritte zu unternehmen, mit dem Ziel, die weitere ungehinderte Tätigkeit der katholischen Verlage und Kreise sicherzustellen.“ Die Bischöfe bezogen also weder für die eine noch für die andere Partei eindeutig Stellung, machten aber gleichzeitig klar, daß sie die Klubs und die von „Znak“ bisher herausgegebenen Zeitschriften und deren Verlage zum geistigen Besitzstand der Kirche zählen. Hinter den Kulissen bemüht die Kirche sich weiter um eine Einigung.

### Von Gomulka zu Gierek

Die „Znak“-Gruppe ist ursprünglich ein Kreis von Vertretern der katholischen Intelligenz, Schriftstellern, Publizisten und engagierten Katholiken, der kurz nach dem Krieg entstand und sich um die 1945 gegründete Krakauer Wochenzeitschrift „Tygodnik Powszechny“ (allgemeine Wochenzeitung) und das Monatsblatt „Znak“ (Zeichen)scharte. Die führenden Köpfe und Gründer des Kreises waren der „Tygodnik Powszechny“-Chefredakteur Jerzy Turowicz und der Jurist Stanislaw Stomma. Angesichts der schwierigen Lage, in der die kommunistische Partei immer mehr das gesamte geistige Leben in ihren Griff zu bekommen versuchte, sprachen sich Stomma und seine Freunde damals für eine „minimalistische Lösung“ aus. Wie Stomma heute rückblickend sagt, sei man damals der Meinung gewesen, daß die Kirche wahrscheinlich eine so schwierige Periode vor sich habe, daß sie sich auf ihre geistige Rolle beschränken und nicht allzu sehr politisch aktiv werden solle. Mit zunehmendem Druck des Stalinismus wurde auch für „Znak“ und „Tygodnik Powszechny“ die Lage immer schwieriger. Die Zeitschrift wurde ihnen 1953 ganz entzogen, weil sie sich weigerten, einen Nachruf für Stalin zu veröffentlichen. Schon vorher waren

## Gefährlicher Bruderzwist bei „Znak“

Seit mehr als einem Jahr spaltet ein gefährlicher Bruderzwist die polnische katholische Laienbewegung „Znak“. Der vom Episkopat bedauerte Bruch nach der Auseinandersetzung um die neue Verfassung im Februar 1976 hat dazu geführt, daß im Parlament eine Gruppe als „Znak“ firmiert, von der die ursprüngliche „Znak“-Bewegung nichts wissen will. Nachdem die Behörden dem von der ursprünglichen „Znak“-Gruppe geführten Warschauer Klub der katholischen Intelligenz Anfang Dezember das Recht zu wirtschaftlicher Tätigkeit entzogen haben, fürchtet die ursprüngliche „Znak“ um ihre materielle Existenzgrundlage. Ihre Institutionen haben bisher aber noch die gleichen Zuschüsse von der inzwischen von dem abgespaltenen „polnischen Klub der katholischen Intelligenz“ verwalteten Firma „Libella“ bekommen wie früher. Geäußerte Vermutungen, daß die Spaltung von vornherein ein Werk der staatlichen Behörden sei, lassen sich

nicht belegen. Vermutlich sind jedoch die Streitigkeiten unter den nicht regimekonformen Katholiken dem Staat recht angenehm. Er säte durch den Konzessionsentzug für den Warschauer Klub auch neue Zwietracht. Am Ursprung des Konfliktes scheinen aber vor allem schon lange dauernde persönliche Auseinandersetzungen zu liegen. Der Episkopat hat sich bisher aus dem Streit weitgehend herausgehalten. Wyszynski empfing einzeln Vertreter beider „Znak“-Richtungen.

Einzige offizielle öffentliche Stellungnahme des Episkopats ist die im Communiqué nach der 157. Bischofskonferenz vom 9. und 10. Februar 1977 enthaltene Verlautbarung über eine Sitzung des „Hauptrats des Episkopats“. Darin heißt es, der Rat habe auch „die verlegerische Tätigkeit der wenigen katholischen Verlage und Zeitschriften sowie die Tätigkeit der katholischen Kreise geprüft und daran erinnert, daß sie zum Besitzstand der

ganze Nummern von der Zensur nicht zur Veröffentlichung freigegeben worden. Die Zeitschrift wurde von 1953 bis 1956 unter dem gleichen Titel von der mit dem Regime kollaborierenden Pax-Organisation weiterbetrieben.

Mit dem polnischen „Frühling im Oktober“ 1956 und der Machtübernahme durch *Wladyslaw Gomulka* bekamen die Gründer „*Tygodnik Powszechny*“ zurück. Turowicz übernahm wieder die Chefredaktion. In verschiedenen Städten wurden „Klubs der katholischen Intelligenz“ – kurz Kik genannt – gegründet. Heute gibt es fünf solcher Klubs, nämlich in Warschau, Krakau, Breslau, Posen und Thorn. Führender Kopf des bis heute bedeutendsten Warschauer Kiks war der 1969 gestorbene Schriftsteller *Jerzy Zawieyski*. Nach den Statuten dieses heute rund 1750 Mitglieder umfassenden Klubs steht im Mittelpunkt die „intellektuelle und moralische Arbeit mit Stützung auf die Lehre der katholischen Kirche zur Gestaltung der menschlichen Persönlichkeit“. Der Warschauer Kik, der in der gegenwärtigen Auseinandersetzung eine erhebliche Rolle spielt, wird zur Zeit von Professor *Andrzej Swiecicki* geleitet. Der Klub arbeitet in einem mehrere Räume umfassenden Lokal in der Warschauer Innenstadt und hat 1976 rund 550 Veranstaltungen und Treffen organisiert.

1956 reifte auch der Entschluß, als Abgeordnetenzirkel „Znak“ an der Arbeit des Parlaments teilzunehmen. Ausschlaggebend dafür war für Stomma und seine Freunde die Hoffnung, daß Gomulka den Kurs einer größeren Demokratie und nationaler Eigenständigkeit steuern werde. Damals hatte der während der Stalin-Zeit gefangengesetzte Kardinal *Stefan Wyszyński* auch die Katholiken zur Beteiligung an der Wahl aufgerufen. Zu den fünf „Znak“-Abgeordneten, die im Frühjahr 1957 ins Parlament einzogen, stießen noch einige Parteilose, so daß der Zirkel zu Ende der Legislaturperiode 9 Abgeordnete umfaßte. Bei den nächsten Wahlen 1961 durften es wieder nur noch fünf sein. Durch mehr oder weniger deutlichen

Druck von staatlicher Seite veränderte sich die Zusammensetzung des Abgeordnetenzirkels immer mehr, bis 1976 auch das letzte der Gründungsmitglieder, Stanislaw Stomma, seinen Abgeordnetensitz verlor.

Seit der katholische Episkopat in der Ära des 1970 zur Macht gekommenen Parteichefs *Edward Gierek* direkte Kontakte zur Regierung hat, tritt der „Znak“-Zirkel nicht mehr als Mittler zwischen Kirche und Staat auf wie während der zeitweise offenen Konfrontation zu Gomulkas Zeiten. Primas Kardinal *Wyszyński* hat den im Sejm vertretenen Abgeordneten-Zirkel „Znak“ zum letzten Mal im Jahre 1975 geschlossen empfangen, als der Streit sich schon abzeichnete, aber noch nicht offen ausgebrochen war. Vorher – vor allem in der Gomulka-Zeit – empfing er den Zirkel mindestens zweimal jährlich. Oft dauerten die Konferenzen einen ganzen Tag lang.

### Konflikt um die Verfassungsänderung

Zum endgültigen Bruch bei „Znak“ kam es, als Stomma sich bei der Abstimmung über die Verfassungsänderung am 10. Februar 1976 als einziger der Stimme enthielt, während die vier anderen „Znak“-Abgeordneten dafür stimmten. Vorher hatte die Mehrheit der „Znak“-Gruppierungen (die Vorsitzenden der Kiks von Krakau, Warschau, Breslau und Thorn sowie die Chefredakteure von „*Tygodnik Powszechny*“, „*Więź*“, der Monatszeitschrift „Znak“ und des Verlages „Znak“) in einem Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden *Henryk Jabłoński* ihre Bedenken gegen den Verfassungsentwurf erklärt. Die bei der Diskussion über das Schreiben anwesenden Vertreter der Minorität, der Abgeordnete *Janusz Zablocki* und der Vorsitzende des Posener Kik, *Jerzy Ozdowski*, unterzeichneten nicht.

Trotz verschiedener Abschwächungen der ursprünglichen Verfassungspläne der Partei unter anderem auf Grund der Einwendungen und Memoranden des Episkopats und über Proteste von

Intellektuellen hielt die Majorität von „Znak“ die Verfassung weiter in manchen Punkten für inakzeptabel.

Die ursprünglich beabsichtigte verfassungsmäßige Verankerung der führenden Rolle der Partei im Staat war insofern abgeschwächt worden, als jetzt Artikel drei lautet: „Die führende politische Kraft der Gesellschaft beim Bau des Sozialismus ist die polnische Vereinigte Arbeiterpartei.“ Der zweite besonders bedenkliche Punkt in den Vorentwürfen betraf das Verhältnis zur Sowjetunion. Statt der ursprünglich geplanten verfassungsmäßigen Verankerung der „Zugehörigkeit zum sozialistischen Weltsystem“ und des „unantastbaren brüderlichen Bandes zur Sowjetunion“ heißt es in Artikel 6 der verabschiedeten Verfassung: „Die polnische Volksrepublik läßt sich von dem Interesse des polnischen Volkes, seiner Souveränität, Unabhängigkeit und Sicherheit, vom Willen nach Frieden und Zusammenarbeit unter den Völkern leiten. Sie knüpft an die hohen Traditionen der Solidarität mit den Kräften der Freiheit und des Fortschritts an, stärkt die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten. Sie stützt die Beziehungen zu den Staaten mit anderer Gesellschaftsordnung auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit.“

Der Episkopat hatte damals der Regierung und dem Verfassungsausschuß in einem Brief und zwei Memoranden seine Bedenken gegen die Entwürfe zum Ausdruck gebracht und die Forderungen der katholischen Kirche angemeldet. Sie wurden ausführlich in einer nach Verabschiedung der neuen Verfassung im April von den Kanzeln verlesenen Erläuterung erklärt und waren vorher in mehreren Predigten von Kardinal *Wyszyński* erwähnt worden.

Vor dieser Erläuterung veröffentlichten die Bischöfe ihr Communiqué über die 151. Plenarsitzung des Episkopats vom 18. und 19. Februar 1976. Darin heißt es: „Die vom Sejm am 10. Februar 1976 beschlossenen Änderungen der Verfassung berücksichtigen nicht alle von der Bevölkerung vorgetragenen Forderungen, obwohl man aner-

kennen muß, daß die außerordentliche Sejm-Kommission sich über die weitgehende Beunruhigung der katholischen Meinung klar war und ihr teilweise entgegenkam. Es bleiben jedoch weitere Befürchtungen darüber, auf welche Weise die Vorschriften der erneuerten Verfassung interpretiert und realisiert werden. Die polnischen Bischöfe sind der Meinung, daß der beste Weg, um der Verfassung im breiten Maße den ihr gebührenden Rang zu geben, eine reelle und von jeder Voreingenommenheit freie Interpretation ihrer Beschlüsse auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung im ganzen gesellschaftlichen Leben ist.“ In der später in den Kirchen verlesenen Erklärung dazu heißt es, die Behörden hätten gerade die Punkte unberücksichtigt gelassen, die die Meinung der Bevölkerung, der Kirche und der Gläubigen am meisten beunruhigt hätten.

Die Frage der Haltung des Episkopats in der Auseinandersetzung um die Verfassung hat in jüngster Zeit auch zu einer scharfen Kritik des polnischen Episkopats an (offiziösen) Veröffentlichungen in der Bundesrepublik über den Streit bei „Znak“ geführt. (Gemeint ist eine Dokumentation der Wissenschaftlichen Kommission des Katholischen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden „Zur Verfassungsreform in Polen“, in deren Einführung in vorsichtiger Form Kritik am Verhalten des Episkopats registriert und u. a. festgestellt worden war, die Bischöfe hätten erst in der letzten Phase der Auseinandersetzung zur Kenntnis genommen, daß sich „eine starke Gruppe von Intellektuellen – nicht nur aus Kreisen des Znak – zum Widerstand gegen die vorgesehenen Änderungen organisiert hatte“. Anm. d. Red.) In einer dem deutschen Episkopat zur Kenntnis gebrachten Erläuterung wird festgestellt, daß die polnischen Bischöfe schon vor den Laiengruppen ihre Bedenken bei den zuständigen Stellen geltend gemacht hätten. Der Episkopat habe durch die Gespräche seines Sekretärs mit den staatlichen Behörden und nach den Briefen und Memoranden „wichtige Zugeständnisse“ bei den beab-

sichtigten Verfassungsänderungen erreicht, auch wenn nur ein Teil der Forderungen berücksichtigt worden sei. Den Vorwurf, der Episkopat habe seine Bedenken zu spät formuliert, wertet diese Erläuterung „als Zeichen des völligen Unverständnisses für die vom Episkopat Polens für die stärkste lokale Kirche im Ostblock zu tragende Verantwortung“. Der Hinweis auf den Widerstand von Intellektuellen wird mit der Feststellung zurückgewiesen, ein solcher Hinweis sei Ausdruck eines „krassen Nichtverstehens der Zusammensetzung der gesellschaftlichen Kräfte in Polen“.

### Der Einzug von Odiss in den Sejm

Zu den Parlamentswahlen vom 21. März 1976 wurden nur noch Mitglieder der damals für die Verfassung votierenden sogenannten Odiss-Gruppe (Ośrodek Dokumentacji i Studiów Społecznych – Zentrum für gesellschaftliche Dokumentation und Studien) für „Znak“ durch die Nationale Front aufgestellt. Die von Stomma und dem eigentlichen Znak vorgeschlagene Liste von drei Vertretern der ursprünglichen Gruppe wurde abgelehnt. Damit hatte die Minorität mit Hilfe der Behörden die Oberhand. Es kamen nur Odiss-Anhänger in den Sejm.

Dies sind: *Janusz Zablocki* (geb. 1926), Leiter des neuen Zirkels. Er ist seit 1965 für „Znak“ im Parlament, schied 1969 wegen persönlicher und ideeller Auseinandersetzungen aus der Zeitschrift „Wigz“ (das Band) aus und gründete eine eigene Monatszeitschrift „Der Christ in der Welt“. *Konstanty Lubieński* (geb. 1910), seit 1952 im Parlament, jedoch zunächst für Pax. 1969–1971 Vorsitzender des Warschauer Kik, seit 1976 Mitglied des Staatsrats. *Wacław Aulejtner* (geb. 1919), Abgeordneter seit 1972 – wie man sagt – mit einigem Druck von außen dem Zirkel damals zugeteilt. *Jerzy Ozdowski* (geb. 1925), Kik-Vorsitzender in Posen. *Ryszard Bender* (geb. 1932), Professor an der katholischen Universität Lublin. Drei waren also schon vorher im Rahmen des

„Znak“-Abgeordneten-Zirkels im Parlament, und zwei kamen neu hinzu. Sie haben ihren Rückhalt bei der zahlenmäßig kleinen Odiss-Gruppe und dem Posener Kik. Die Gruppe bemüht sich um die Genehmigung zur Herausgabe einer Wochenzeitschrift.

Im Namen der Majorität forderten die übrigen „Znak“-Institutionen in Briefen vom 12. März 1976 und vom 24. April 1976 die Abgeordneten auf, den Namen „Znak“ nicht mehr für ihren Zirkel zu verwenden. Die Abgeordneten weigerten sich und versicherten, der „Znak“-Zirkel im Parlament sei nicht eine Vertretung der Krakauer Gruppe, sondern die Repräsentation einer breiteren Strömung katholischer Meinung, in der sich verschiedene Traditionen begegneten. Eine Änderung des Namens würde bedeuten, daß die Gruppe die bisherige Tradition nicht fortsetzen wolle.

Ungeachtet des Protestes der „Znak“-Majorität, versicherte Zablocki am 27. März 1976 vor dem neu gewählten Sejm: „Der Abgeordneten-zirkel Znak hat schon das 20. Jahr seiner Existenz begonnen. Er ist nach dem Oktober 1956 als parlamentarische Vertretung einer breiten Strömung der katholischen Meinung entstanden, in der sich verschiedene Milieus und Traditionen vereinten und der belebt war vom Willen der christlichen Präsenz im Leben des sozialistischen Polen. Diese Präsenz zum Ausdruck zu bringen haben wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten in den vergangenen Sitzungsperioden bemüht, und das wollen wir auch weiter fortsetzen. Wir sind überzeugt, daß sie nicht nur eine vorübergehende und taktische Erscheinung der frühen Phase des Aufbaus des Sozialismus sein kann, sondern sie sollte sich auch in der höheren, vom letzten 7. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei proklamierten Phase des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft festschreiben.“

Auf die Weigerung der Abgeordneten hin, auf den Namen „Znak“ für ihren Zirkel im Parlament zu verzichten, verfaßten am 11. April 1976 die Leiter

der Kiks von Warschau, Krakau, Breslau und Thorn sowie der Redaktionen von „Tygodnik Powszechny“, „Więź“, der Monatszeitschrift „Znak“ und des Verlages „Znak“ auf einer Vollversammlung eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: „Die Weiterbenutzung des Namens Znak täuscht die öffentliche Meinung, die glauben kann, daß sie es mit der Fortsetzung der bisherigen Präsenz der Znak-Kreise im Sejm zu tun hat.“ Der Abgeordnetenzirkel solle daher keinen „zweideutigen Anschein“ erwecken, sondern „klar und ehrlich sagen, daß er eine neue Gruppe bildet“. Die schon seit langem bestehenden tiefen Meinungsverschiedenheiten hätten zu einer Vertrauenskrise geführt, die sich in der Verfassungsdebatte und in der Abstimmung im Sejm gezeigt habe. Wenn die neue Gruppe sich auf ein Mandat der katholischen Meinung berufe, so sei dies reine Fiktion, wenn die Meinung der Kreise übergegangen werde, die berechtigt seien, sich über den Namen „Znak“ zu äußern.

### Ist Znak in seiner Existenz gefährdet?

Die ideellen Unterschiede beider Gruppen sind schwer zu präzisieren, zumal „Znak“ in seiner Grundstruktur immer pluralistisch war. Während die ursprüngliche „Znak“-Bewegung und vor allem „Więź“ mehr liberal und auch theologisch mehr westlich orientiert sind, gilt die Odiss-Gruppe als national, theologisch konservativer und eigene kirchliche Traditionen unterstreichend. In der politischen Aktivität befürwortet die Odiss-Gruppe eine weitergehende Kooperation mit dem atheistischen Staat, während die Znak-Kreise hier die Grenzen deutlicher setzen, wie der Verfassungsstreit zeigte. Znak hat sich auch sehr viel stärker als Odiss für eine Aussöhnung mit den Deutschen in der Bundesrepublik eingesetzt.

Noch nicht zu übersehen sind die Folgen der jüngsten Entwicklung um die bisherige wirtschaftliche Basis der meisten „Znak“-Gruppierungen, die Firma „Libella GmbH“. In dieser

Firma werden verschiedene Elektrogeräte und Artikel der Haushaltschemie hergestellt. Ein Teil ihrer Überschüsse ging bisher an die Klubs der katholischen Intelligenz, die Redaktion der Zeitschrift „Więź“ und an Odiss. Die Mittel wurden über das Amt für Glaubensfragen zugeteilt.

Am 10. Dezember 1976 wurde dem Warschauer Klub der katholischen Intelligenz mit Wirkung zum Jahresende die *Genehmigung für wirtschaftliche Tätigkeit entzogen*. Daraufhin beantragte der inzwischen von „Odiss“ gegründete „Polnische Klub der katholischen Intelligenz“ (PKik) diese Genehmigung und erhielt sie am 29. Dezember. Jetzt will PKik kommissarisch „Libella“ verwalten, um – nach Odiss-Angaben – eine Übernahme der Firma durch den Staat zu verhindern. Kik und Więź sehen in dieser Entwicklung jedoch eine Gefahr für ihre Unabhängigkeit und ihre materielle Existenz.

Dem Vernehmen nach und nicht ohne einen gewissen Druck der Bischöfe auf die Odiss-Gruppe einigten sich der Warschauer Kik, „Więź“ und „Odiss“ am 23. Februar 1977 auf eine *Teilung des Unternehmens*. Ein erneuter Antrag des Warschauer Kik auf die Genehmigung zur wirtschaftlichen Tätigkeit wurde in einem am 28. Februar beim Adressaten eingetroffenen Schreiben des Kirchenamtes kategorisch abgelehnt. Als Begründung soll unter anderem angeführt worden sein, der Klub habe sich nicht entschieden von verschiedenen angeblich entstehenden Darstellungen in der westdeutschen Presse distanziert. Außerdem dürfte die Tatsache, daß einige Kik-Mitglieder bei dem „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ mitarbeiten, eine Rolle gespielt haben.

## Bischöfliche Orientierung zur „neuen Demokratie“ in Chile

Nach einigen Monaten weitgehender Zurückhaltung haben die chilenischen Bischöfe in einem Dokument zur „pastoralen Orientierung“ erneut und in grundsätzlicher Form nationale Fragen aufgegriffen. Zur letzten scharfen

Da durch diese Ablehnung der bisherige Hauptinhaber der Gesellschafteranteile nicht mehr wirtschaftlich agieren kann, löste das Warschauer Wojewodschaftsgericht am 29. März die bisherige Gesellschaft auf, entschied aber nach ersten Berichten noch nicht über die Eigentumsfrage. Das heißt, nach dem bisherigen – vermutlich provisorischen – Stand ist die ursprüngliche Znak-Gruppe weiter Mit-eigentümer der Firma, kann sie aber nicht verwalten. Da der von Odiss gegründete „Polnische Klub der katholischen Intelligenz“ (nach eigenen Angaben rund 100 Mitglieder) wirtschaftlich tätig sein kann, tritt er mit Billigung des Amtes für Glaubensfragen als vorläufiger Verwalter auf. Von dieser Seite versichert man, man wolle die Mittel ohne irgendwelche Bedingungen allen Znak-Kreisen zugänglich machen. Dies sei auch im Vertrag vom 23. Februar festgelegt, der durch das Urteil über die Auflösung der Gesellschaft nicht hinfällig geworden sei, sondern weiter gelte.

Tatsächlich sind bisher die Zuschüsse von „Libella“ im bisherigen Ausmaß gezahlt worden, und das Amt für Glaubensfragen hat am 8. März dem Warschauer Kik das Budget für 1977 bestätigt. Für die unmittelbare Zukunft scheinen die Mittel gesichert. Sowohl der Warschauer Kik als auch die Zeitschrift Więź wollen jedoch unbedingt vermeiden, daß die Odiss-Gruppe über die Geldzuteilung irgendwelchen ideellen Einfluß auf ihre Tätigkeit nehmen kann. Um notfalls eine Eigenfinanzierung zu ermöglichen, hat der Warschauer Kik die Erhöhung der monatlichen Mitgliedsbeiträge auf 100 Zloty (rund 12,50 DM) beschlossen.

R. M.

Auseinandersetzung zwischen Kirche und Militärjunta war es im August 1976 gekommen, als die von einer Pastorkonferenz in Riobambao/Ecuador zurückkehrenden chilenischen Bischöfe zunächst auf dem Flughafen